

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Presse eröffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Verlagsdruckerei: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblattausgabe Nr. 7405-85.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Verlagsdruckerei: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 4.40 monatlich, M. 13.20 vierteljährlich, mit Bestell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen M. 1.20, auswärtige Anzeigen M. 1.80, örtliche Reklamen M. 5. —,
auswärtige Reklamen M. 7. — für die erste Zeile in der ersten Spalte. — Bei wiederholter
Aufnahme unterbleibt die erste Zeile der ersten Spalte. — Bei Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Voßstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Samstag, 9. April 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 164. + 69. Jahrgang.

Infrastrukturen der Zollgrenze am 20. April.

D. Mainz, 8. April. Nach hier eingegangenen In-
formationen wird die Zollgrenze am Rhein am
20. April in Kraft treten.

Nach den nunmehr festgelegten Bestimmungen kommt
die Hauptkontrollstation für das besetzte Ge-
biet nach Koblenz. Weitere Direktionsstationen
werden in Wiesbaden, Mainz und Ludwigshafen
eingesetzt; außerdem sind 19 Hauptbureaus und 52
allgemeine Bureaus vorgesehen. Die Beamten der
deutschen Zollverwaltung arbeiten unter der Aufsicht
der Alliierten, und in jedem der Zollbureaus werden
Kontrollbeamte der Alliierten angestellt; und zwar stellt
Frankreich 4 Inspektoren und 15 Kontrolleure, Belgien
6 Inspektoren und 4 Kontrolleure und England 4 In-
spektoren und 1 Kontrolleur, außer einer großen An-
zahl von Zollbeamten.

Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Trier sind
in Ausführung der von den Verbündeten beschlossenen
Sanctionsmaßnahmen vorerst nachstehend aufgeführte
Stationen als Zollbahnhöfe gegen das unbefestigte
Deutschland bestimmt worden: Wörth, Gernersheim,
Speier, Ludwigshafen, Worms, Biebesheim, Groß-
Gerau, Godelau, Weiterstadt, Griesheim (Darmstadt),
Oberkassel, Engelskirchen, Goldstein, Griesheim (Frank-
furt), Höchst, Idstein-Wörsdorf, Michelbach, Langen-
schwalbach, Altmannshausen, Diez, St. Goarshausen,
Hennef.

Nach dem „Echo du Rhin“ werden die Zollvor-
schriften für die neue Zollgrenze zugunsten der
rheinischen Bevölkerung wesentlich gemildert
und dabei zwischen rheinischem Import und Export
unterschieden. Für alle Waren, die aus Deutschland
in das besetzte Gebiet eingeführt werden, kommen die
Auslandszölle in Geltung, doch behält sich die Rhein-
landskommission das Recht vor, die Tarife im Interesse
der rheinischen Bevölkerung oder des Fiskus abzu-
ändern. Anfangs werden nur 25 Prozent der deut-
schen Zölle erhoben, sie werden aber allmählich auf 200
Prozent erhöht. Rheinische Erzeugnisse, die nach dem
unbefestigten Deutschland gehen, sind denselben Zöllen
unterworfen, doch werden sie in Papier und nicht in
Goldmark gezahlt. Unter Zählungnahme mit den
rheinischen Handelskammern und den Industriellen,
ferner mit den Vertretern des Groß- und Kleinhandels
soll ein Wirtschaftsausschuss aus 15 Mitglie-
dern gebildet werden, der die Wünsche der rheinischen
Bevölkerung entgegennehmen und zu bearbeiten hat.

Die Pfalz und die Sanctionen.

Dz. Ludwigshafen, 8. April. Der Reichstagsabgeordnete
Rast hat gestern hier einen Vortrag über „Die Pfalz und
die Sanctionen“. Die neue Rheinpfalz werde die ge-
samte pfälzische Industrie und insbesondere den Weinbau
ruinieren. Der Redner wandte sich in charakteristischer
Weise gegen das egoistische Benehmen national denkender Kauf-
leute und Unternehmer des rechtsrheinischen Deutschlands,
welche, anstatt der schwer bedrängten Pfälzer zu Hilfe zu
kommen und ihre Kräfte einermäßen zu vereinen, in
schamloser Weise die Pfälzer auszunutzen und dadurch die
Pfälzer die Verarmung des Landes aus. In Treue zu
Deutschland zu halten, trotz Leid und Schmerz.

Die Zwangsabgabe.

Dz. Berlin, 8. April. Der Reichsverband der deut-
schen Industrie teilt mit:

Nach den ersten Meldungen über das neue englische
Gesetz konnte man zu der Auffassung kommen, daß solche
Waren abgabefrei bleiben, von deren Wert mindestens
25 Prozent auf ausländische Rohstoffe entfallen. Das
hätte einen größeren Teil der deutschen Ausfuhr von
Textilwaren, Lederwaren usw. begünstigt. Aber diese
Auffassung ist nach dem nunmehr feststehenden Text
des englischen Gesetzes irrthümlich. Befreit bleiben nur
solche Waren, deren Wert nach dem Verlassen der deut-
schen Grenze durch Weiterverarbeitung oder Veredelung
im Auslande um mindestens 25 Prozent des endgültigen
Verkaufspreises erhöht worden ist.

Wünsche der französischen Kaufleute im Rheinland.

W. T. B. Paris, 8. April. Wie der „Temps“ mit-
teilt, hat die Vereinigung der französischen Kaufleute
und Industriellen im Rheinland in zwei Versammlun-
gen Wünsche geäußert, die sie dem französischen Parla-
ment übermitteln will. Vor allen Dingen erinnern sie
an die ungünstige Lage, die durch die 50prozentige Wert-
abgabe vom Verkaufspreis der deutschen Waren und
durch die Erhöhung der Zölle dem französischen
Handel und der französischen Industrie im Rheinland
bereitet wird. Diese Zwangsmaßnahmen zwingen die
französischen Kaufleute, den Kampf aufzunehmen. Die
einzige Folge sei die Verringerung der Zolleinnahmen,
die Einstellung der Geschäfte und die Verteuerung des

Lebens in der Rheinprovinz. Schließlich würden auch
die Widerstände der deutschen Großindustriellen ver-
stärkt und vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit der
deutschen Arbeiterklasse, die Unruhen nach sich ziehen
könnte. In der Petition allerdings verlangen die fran-
zösischen Kaufleute andere Zwangsmaßnahmen, so u. a.
die Verwaltung der Rheinlande durch die internationalisierte
Oberkommission, die Errichtung einer Zollgrenze östlich
der Ruhr, die Befreiung von Städten und Häfen, wie
Frankfurt, Mannheim, Darmstadt, Hamburg und
Bremen, die Entfernung der preussischen Beamten aus
den Rheinlanden, die Beschlagnahme der Zölle und Eisen-
bahneinnahmen sowie die Verwaltung der Bergwerke,
der Wälder usw., schließlich die Ersetzung der preussischen
Beamten durch Rheinländer und den Erlaß besonderer
Steuern und Kontributionen.

Eine Ententeforderung zur Bewaffnung der Reichswehr.

Br. Berlin, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie die
„B. Z.“ am Mittwoch erzählt, hat die Reichswehr-
leitung der Reichsregierung mitteilen lassen, daß die
Reichswehr keine Gaslawachen oder sonstigen
Schwermittel gegen Gasanfälle besitzen darf. Die
Reichsregierung wird der Entente auf diese neue im Ver-
trage nicht bedachte Forderung in Kürze eine ein-
gehende Antwort antworten lassen, in der diese Forderung zu-
rückgewiesen wird.

Der Eisenbahnattentäter von Ammendorf und Gröbers zum Tode verurteilt.

Br. Halle, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) Das gestern
abgemerkte Urteil der Sondergerichtsurteil über die
Verbrechen der beiden Attentäter auf die Eisenbahn-
attentäter von Ammendorf und Gröbers. Durch Ver-
nehmung von Zeugen und das Geständnis Jakobs er-
gab sich, daß er seit Monaten pläne, einen D-Zug zur Entgleisung
zu bringen, um den Bahnverkehr auszuhebeln und die im
D-Zug fahrenden „Reichswehr“ auszuliefern. Unmittelbar
vor Einlaufen des D-Zuges in Ammendorf hat er die
Schienen gelockert, aber durch einen zufälligen Zufall ist der
D-Zug ohne zu veranlassen, darüber hinweggefahren. Jakob
ist dann noch einmal auf den Bahnhofsförderer geklettert und
hat die Schienen quer gestellt und dadurch die Entgleisung
der beiden Güterzüge verursacht. Verurteilt wurde er, daß in
der Verhandlung verschiedene Zeugen erklärten, die Tat des
Jakob, der der kommunistischen Partei angehört, werde von
den Arbeitern als Schandtat angesehen und sie daher zu entschuldigen. Jakob wurde wegen des
Bahnattentates bei Ammendorf zum Tode, wegen des
Attentates bei Gröbers zu 12½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Br. Halle, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) Das Sonder-
gericht in Leipzig verurteilte 18 Kommunisten, welche am
25. März die dortige Kaserne zu stürmen und die Eisenbrücke
mit anliegenden Gebäuden in die Luft zu sprengen ver-
suchten, wobei 2 Angehörige der Reichswehr ver-
wundet wurden, zu Zuchthausstrafen von 5 und
6 Jahren und Ehrverlust von 5 Jahren. Ein Teil der An-
geklagten bezeichnete sich als verurteilt und nahm das Urteil
mit lautem Weinen an.

Als der Verbrecher, der beim Kommunistenüberfall des
Rororis Ammendorf dynamit in das dortige Bahnhofsgelände
legte und durch Dynamit die Eisenbahnbrücke schädigte,
ist der Arbeiter Schan aus Ammendorf ermittelt
worden. Er hat in den Kämpfen mit der Schutzpolizei eine
Verwundung davongetragen und liegt in hoffnungslosem Zu-
stand in der Klinik.

Das Urteil im Magdeburger Hochverratsprozeß.

Dz. Magdeburg, 9. April. Im Kommunistenprozeß
Bater wurde gestern Abend das Urteil gesprochen:
Der Privatier Albert Vater-Magdeburg wurde
freigesprochen, da ihm die zur Last gelegten Verbrechen
nicht nachgewiesen waren. Der zweite Angeklagte, der
Maschinenführer August Jakob aus Stendal, wurde
zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.
Ferner erhielten drei Angeklagte je sechs, drei weitere
je fünf, und acht Angeklagte je drei Monate Gefängnis;
die übrigen neun Angeklagten wurden freigesprochen.
Der Haftbefehl gegen Jakob wurde aufgehoben. Den
Verurteilten wurde nicht nur die Untersuchungshaft,
sondern auch die erlittene Schutzhaft angerechnet.

Der Anschlag auf die Charlottenburger Eisenbahnbrücke aufgeklärt.

W. T. B. Berlin, 8. April. Der Anschlag auf die Eisen-
bahnbrücke in Charlottenburg ist aufgeklärt worden.
Der Täter ist der 22jährige Betonarbeiter Karl Schulz,
der vor einigen Tagen festgenommen worden konnte und be-
reits ein volles Geständnis abgelegt hat. Nach seiner Aus-
sage gehörte er einer losen Bande an, die er die „Schulz-
Bande“ nannte. Neben dem Täter gehörten der deutschen Ge-
heimdienst eine Reihe von politischen Departements-
beamten an. Am Sonntag wird die deutsche Geheim-
Union als Mithilfe anerkannt.

Dr. Simons in Bern.

Dz. Bern, 9. April. Der deutsche Außenminister Dr.
Simons ist gestern Abend aus Luzern kommend, im Auto
in Bern einetroffen und im „Berner Hof“ absteigend.
Der Bundesrat wird ihm zu Ehren heute ein Frühstück
geben, an dem neben den Mitgliedern der deutschen Ge-
heimdienst eine Reihe von politischen Departements-
beamten an. Am Sonntag wird die deutsche Geheim-
Union als Mithilfe anerkannt.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Br. Berlin, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) Heute
wird der preussische Landtag, wenn nicht unvorherge-
setzte Hindernisse eintreten, den Ministerpräsidenten
wählen. Als aussichtsreichster Kandidat für den
Ministerpräsidentenposten gilt nach wie vor der preussische
Wohlfahrtsminister Stegerwald. Minister
Stegerwald wird nach seiner Wahl zum Ministerpräsi-
dent ein Regierungsprogramm entwerfen und auf
Grund dieses Regierungsprogramms an die einzelnen
Fraktionen mit dem Antrage herantreten, ob sie geneigt
seien, in die Regierungskoalition einzutreten. Die
Sozialdemokraten sind offenbar eifrig dabei, die alte
Regierungskoalition unverändert zu erhalten. In
leichter Stunde bemühen sich die Zentrumsfraktion noch
immer, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemo-
kraten auf einer mittleren Linie zusammenzubringen.
Sollte die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts
heute nicht möglich sein, dann wird dem neuen Minister-
präsidenten wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf
den früheren Plan zurückzukehren und zunächst ein Ge-
schäftsministerium zu bilden und mit einem solchen Kabinett
so lange die Regierungsgeschäfte zu führen, bis im
Landtag die Voraussetzungen für die Bildung einer zu-
verlässigen und genügend starken Mehrheit und damit
für eine parlamentarische Regierung gegeben ist.

Br. Berlin, 9. April. Die Zentrumsfraktion des
preussischen Landtags beschloß am späten Nachmittag
nach langwierigen Verhandlungen, nur in eine Regie-
rungsbildung in Preußen einzutreten, worin alle Par-
teien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Reichs-
sozialisten einschließlich vertreten sind. Unter die-
sen Umständen ist die Bildung eines Geschäfts-
ministeriums der vorläufigste Ausweg aus der
Krisis. Die Forderungen der Deutschen Volkspartei
und der Sozialdemokraten sind miteinander nicht zu
vereinbaren, da die einen die bürgerliche Befreiung des
Innern und des Landwirtschaftsministeriums fordern,
während die Sozialdemokraten daran festhalten, daß
diese beiden Ministerposten in den Händen ihrer Ge-
nossen Braun und Seevering bleiben.

Dz. Berlin, 9. April. Die gestrigen Fraktions-
verhandlungen über die Regierungsbildung in
Preußen haben zu keiner Lösung der Frage ge-
führt. Mehrere Blätter melden, daß das Zentrum
nunmehr die Initiative für die Regierungsbildung
ergreifen und ein Mithilfe seiner Fraktion für den
Posten des Ministerpräsidenten vorschlagen werde.

Paul „Berl. Lokalan.“ würde ein solcher Minister-
präsident die Unterstützung der Deutsch-Nationalen, der
Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten,
der Hannoveraner und der Wirtschaftspartei finden.
Ob auch die Sozialdemokraten den Zentrumskandi-
daten wählen würden, sei noch ungewiß. Heute morgen
wird eine letzte Aussprache der bisherigen Koali-
tionsparteien über die Wahl des Ministerpräsidenten,
die auf 11 Uhr festgesetzt ist, stattfinden. Der gewählte
Kandidat wird dann die Bildung eines Geschäfts-
ministeriums vornehmen.

W. T. B. Berlin, 8. April. In gut unterrichteten
Kreisen verlautet, daß der Zentrumsabgeordnete
Herold zum preussischen Ministerpräsidenten ernannt
werden würde.

Die Berliner Finanzministerkonferenz.

Br. Stuttgart, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Aber das
Ergebnis der Finanzministerkonferenz in Berlin wird uns
den ausländischen Mithilfereichen Seite mitgeteilt: Die
Finanzministerkonferenz, die in den letzten Tagen in Berlin
stattgefunden, verlautet für die Länder und Gemeinden ein
höheres Prozent der Anleihe an der Ein-
kommensteuer als die bisherigen zwei Drittel vom
Fiskus zu erlangen. Außerdem sollten den Gemeinden statt
5 Prozent der Umsatzsteuer 15 Prozent zuwachsen werden.
Eine Einlaufe kam in diesen beiden Punkten jedoch
nicht zustande. Das Reich wollte nur eine Erhöhung
der Umsatzsteuer um 5 Prozent annehmen. In den nächsten
Tagen wird das Reichsfinanzministerium weitere Verhand-
lungen hierüber nach mit dem Städteverband führen. Eine
Einlaufe wurde dagegen über die Krone erachtet, zu welchem
Zeitpunkt an die Länder der zwei Drittel betragende An-
teil an der Reichseinkommensteuer und, falls
dies nicht ausreicht, der garantierte Betrag des Jahres 1919
auszuschütten 25 Prozent auszuscheiden ist.

Ein deutscher Einigkeitstag.

Br. Berlin, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) Beim
Reichstag ist eine Eingabe einiger Kreisgruppen
des Nationalverbandes deutscher Offiziere eingegangen,
in der gebeten wird, den 19. Januar als deutschen
„Einigkeitstag“ zum gesetzlichen Feiertag zu erheben.

Der neue amerikanische Volschaffer für Paris.

Dz. Paris, 7. April. (Drahtbericht.) Nach einer Davos-
meldung aus Washington übernahm Herold den
amerikanischen Volschaffersposten in Paris, den er schon von
Februar 1912 bis Dezember 1914 inne hatte.

Der englische Bergarbeiterstreik.

W. T. B. London, 8. April. Die Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen ebenfalls in den Ausstand zu treten.

Dr. London, 9. April. Bei der gestrigen Konferenz der Eisenbahner und der Transportarbeiter wurde bekannt, daß heute eine Abordnung der beiden Verbände sich zu Lord George begeben wird, um ihm die Beschlüsse des Dreibundes bekannt zu geben. — Im Unterhause erklärte Lord George noch, die Zerstörung der Bergwerke sei eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit für die Nation. Die erste Pflicht der Regierung sei es, ihre Erhaltung zu sichern. Der Vorschlag des Bergwerks sei entschlossen, die Zerstörung der Bergwerke nicht zu verhindern, da er hoffe, auf diese Weise die Regierung und das Parlament zur Kapitulation zu zwingen. Die Bergleute wußten genau, daß die gegenwärtigen Einnahmen der Kohlengruben es nicht zuließen, die Löhne, die sie forderten, zuzugestehen, und sie verlangten deshalb eine sofortige Unterstützung durch den Staat. Die Regierung werde nicht nachgeben; sie werde alle Kräfte ins Werk setzen; denn sie kämpfe für den Bestand der Nation. Zu einer allgemeinen Erörterung kam es nicht, diese wird am Montag stattfinden.

Dr. London, 9. April. Die gesamte gestrige Abendpresse steht unter dem Eindruck der ersten, durch den Streikbeschluss der Eisenbahner und der Transportarbeiter geschaffenen Lage. — Im Unterhause erklärte Lord George unter großem Beifall, es sei die Pflicht der Regierung, als Bevollmächtigte der Nation diese Katastrophe zu verhindern. — „Wall Mall and Globe“ zufolge sind die Arbeiter bereit, um Mitternacht in den Ausstand zu treten.

Dr. London, 9. April. Die Vertreter der Bergarbeiter entschieden dahin, daß die Bedingung Lord Georges, die Sicherung der Bergwerke müßte der erste Gegenstand der Erörterung sein, einer Konferenz mit den Bergwerksbesitzern im Wege stehe. Die Vertreter setzten sich sofort mit den anderen Mitgliedern des Dreibundes wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verbindung.

D. Paris, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erzählt spät nachts, daß Lord George den Bergleuten und Bergwerksbesitzern einen neuen Vorschlag gemacht habe. Der Ministerpräsident schlägt die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter der Bedingung vor, daß die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit des Personals, das die Notstandsarbeiten in den Zechen versieht, zunächst geregelt werden soll. Der Korrespondent erzählt, man nehme an, daß beide Parteien mit diesem Vorschlage einverstanden seien.

Einberufung der englischen Reserven unter die Fahne.

Dr. London, 9. April. Im Unterhause verlas Lord George gestern eine Proklamation des Königs, durch die die Reserven unter die Fahnen beufen werden.

Erlaß Karls künftiger Wohnort.

Dr. Bern, 9. April. Kaiser Karl hat den Wunsch geäußert, wiederum bleibenden Aufenthalt in der Schweiz nehmen zu können. Die vom Bundesrat erteilte Aufenthaltserlaubnis für die Schweiz hat bekanntlich nur provisorischen Charakter und gilt nur für einige Tage. Der Bundesrat wird demnach darüber entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen Kaiser Karl sich wiederum dauernd in der Schweiz niederlassen kann.

Eine weitere Meldung besagt, der Bundesrat habe beschlossen, dem Kaiser Karl den Aufenthalt in der Schweiz zu gestatten. Nach einer anderen Meldung sei es jedoch wahrscheinlich, daß der frühere Monarch dauernden Aufenthalt in einem anderen Lande, vorzugsweise in Spanien, nehmen werde.

Dr. Bern, 9. April. Der Bundesrat hat den Kaiser Karl wissen lassen, es sei wünschenswert, wenn er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehmen würde. Der Aufenthalt in der Schweiz sei daher nur vorübergehend.

Aus Kunst und Leben.

* Ernst von Hoffart 7. Im Alter von 80 Jahren ist am Freitagmorgen in Charlottenburg infolge eines Schlaganfalls Ernst von Hoffart verstorben. Mit ihm ist einer der letzten von der alten Hoftheatergarde und gleichzeitig ein tapflicher Vertreter klassischer Bühnenkunst, dessen Sprechweise vorbildlich, dessen mimische Ausdrucksmöglichkeiten selten erreichte Vollkommenheit zeigten, dahingegangen. Professor Ernst von Hoffart wurde am 11. Mai 1841 in Berlin als Sohn wohlhabender Eltern geboren. Er kam erst zu einem Buchhändler in die Lehre. Aber sein Drama zur Bühne war so stark, daß er alle Hefel in Bewegung setzte, um die Erfüllung seines Traumes zu erreichen. Im Jahre 1861 erhielt er sein erstes Engagement nach Breslau. Über Hamburg kam er dann an das Hoftheater in München (1873). Hier fand er die bleibende Stätte seiner künstlerischen Tätigkeit. Er behielt neben all den Namen des vorwärtigen Hoftheaters, Ensembles und wurde und blieb ein anerkanntes Mitglied, sowohl als Schauspieler wie als Regisseur. 1875 wurde er Oberregisseur und 1892 königlicher Professor. Ausgezeichnete Gaskünstler im In- und Ausland, auf denen er allerorts sehr gefeiert wurde, unterbrachen seine Münchener Tätigkeit. 1893 wurde er Generaldirektor und 1895 Intendant. Mit der Verleihung des Ordens der bayerischen Krone erhielt er 1898 den Titel Ritter von Hoffart. Mehr Jahre lang hatte Hoffart diesen verantwortungsvollen Posten inne. 1905 trat er von seinen Ämtern zurück. Nur Gastspiele führten ihn noch gelegentlich auf die Bühne und in den Konzertsaal. Auch nach Wiesbaden kam er wiederholt. Sein letztes Gastspiel gegenüber seiner Abreise (im Residenztheater) war 1912, wo er in „Cavalleria“ den Carlos und im „Freund Fritz“ den 7. spielte. Als Schauspieler gehörte Hoffart zweifellos zu den Individualitäten. Die großen Deklamationspartien, bei denen er den Wohlklang seiner außerordentlich modulierten Stimme besonders zur Geltung bringen konnte, wurden von ihm bevorzugt. Unvergleichlich sind seine Hauptrollen: Nathan, Richard, Franz Moor, Shylock, Macbeth, Desdemona u. a. m. Auch als Regisseur hat er bedeutende Erfolge erzielt. Als erster hat er im Münchener Residenztheater die Lautenspielerische Drehbühne angewandt. Seine Ansichten über Schauspielkunst und Regieaufgaben, seine Studien und Erfahrungen hat er vielfach in Aufsätzen und Schriften niedergelegt. Im Januar 1919 starb seine Gattin Anna von Hoffart, Anna Deinet, so war ihr Mädchennamen, wurde 1843 in Frankfurt a. M. geboren und begann in Wiesbaden als Koloraturängerin. Später wirkte sie zusammen mit ihrem Gatten im Münchener Hoftheater, wo sie bis 1878 das Koloraturfach vertrat.

Wiesbadener Nachrichten.

55. Kommunallandtag.

Die gestrige Sitzung verhandelte zunächst über Fragen der Gesundheitspflege. Für den Finanzausschuss berichtete zu der Vorlage Abg. Graef (Soz.). Er verweist auf die dringende Notwendigkeit, alles zu tun, besonders aber auf dem Lande. Es müsse alles versucht werden, um die Volkshygiene auf gesicherte Grundlagen zu stellen. Die Beratungsstellen seien auszubauen. Aus der Anstalt Weilmünster sollte bei der Erholungsheim, nicht, wie beabsichtigt, ein Sanatorium werden. Wenn auch die Mittel fehlten, um die Krüppelanstalt schon jetzt auf 18-jährige Pflegekinder auszubauen, so müsse man so intensiv bei den noch Jüngeren gearbeitet werden, beim Säugling sei damit schon zu beginnen. Im Vordergrund müsse auf dem Lande natürlich die ambulante Behandlung stehen, worüber die klinische Behandlung freilich nicht vernachlässigt werden dürfe. Statt der vom Landesausschuss angeforderten 700.000 M. hat der Finanzausschuss beschlossen, 1 Million in den Etat einzustellen. Abg. Lang (Kom.) legt einen Antrag vor, wonach in den Etat des Volksanatoriums Weilmünster zum Zwecke der Ermöglichung von Kuren Kinderheimkinder, die keiner Kasse angehören, 100.000 M. einzustellen sind. Nach kurzer Geldförderungsdebatte wurde beschlossen, die Abstimmung nach Anhörung des Berichtes des Finanzausschusses in der Abend-sitzung erfolgen zu lassen. Nach einem weiter gefassten Beschlusse sollen die beiden in Wiesbaden und Frankfurt bestehenden Geschäftstellen für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aufgehoben und eine Hauptfürsorgestelle in Wiesbaden errichtet werden. Zu einer Änderung der Zuständigkeit der Frankfurter Stelle ist die Zustimmung des Magistrats erforderlich.

Eine weitere Vorlage betrifft die Wohnungsfürsorge. Abg. Frau Dr. Schalk (Dem.) erstattete den Kommissionsbericht. Seitens des Kommunallandtages ist bei Gelegenheit seiner letzten Tagung der Beitritt zu einer neu ins Leben zu rufenden Bezirks-Wohnungsfürsorge-Gesellschaft durch Übernahme einer Stammeinlage von 1 Million Mark beschlossen worden. Die Stadt Frankfurt hat sich schon seit Jahren mit einem gleichen Plane befaßt. Es wird daher neben der Bezirks-Wohnungsfürsorge-Gesellschaft mit dem Sitze in Wiesbaden für die Stadt Frankfurt eine besondere Wohnungsfürsorgegesellschaft ins Leben treten. Seitens des Staats ist eine Beteiligung mit 500.000 M. in Aussicht genommen in der Erwartung, daß die Bezirks-Wohnungsfürsorge-Gesellschaft sich ihrerseits mit 250.000 M. an der Frankfurter Siedelungsgesellschaft beteiligt. Die Landkreise, die freistehenden Städte und Gemeinden haben bis jetzt 90.000 Mark gesammelt, während eine Reihe von Kommunalverwaltungen die Beschaffung bis zur Klärung der Organisationsfrage mit Frankfurt ausgesetzt hat. Demgemäß stehen heute zur Verfügung vom Staat 500.000 M., vom Bezirksverband 1 Million, von Frankfurt 250.000 M., von der Stadt Wiesbaden 500.000 M., von sonstigen Zeichnern 90.000 M. Von dem Gründungskapital fehlen somit noch 154.000 M., die man durch Zeichnungen der beteiligten Kreise aufbringen will. Zwischenzeitlich hat die Nassauische Siedelungsgesellschaft die Aufgaben der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft übernommen. Dadurch sind ihre ohnehin nicht erheblichen Mittel außerordentlich in Anspruch genommen, und sie wird, da dadurch ihr eigentlicher Zweck der Förderung der ländlich-bäuerlichen Siedelungen stark beeinträchtigt wird, diese Aufgabe nicht länger beibehalten können. Statt in Anspruch genommen wird die Nassauische Siedelungsgesellschaft in jüngerer Zeit sowohl von Gemeinden als auch von Genossenschaften zur Bau- und Beschaffung. Nicht handelt es sich um die Bereitstellung von domänenfiskalischem Besitz oder von Gemeindegeldern. Das Erbbaurecht wird neuerdings dem Anlauf vorgezogen und es bietet gerade den jüngeren Genossenschaften einen nicht unerheblichen finanziellen Vorteil. Der Baumaterialienbeschaffung hat sich die Gesellschaft nach Mahabe ihrer bedrängten Mittel angenommen. Die Holzbeschaffung zu Vorzugspreisen hat sich hier im Gegenatz zu anderen Provinzen auf abgewandelt. Insgesamt wurden rund 10.000 Festmeter beschafft, darunter 2418,33 Festmeter für Wiesbaden, 146,78 für Braubach, 82,08 Festmeter für Schierstein, 15,86 Festmeter für Sonnenberg, 519,49 Festmeter für die Kriegerheimstätten-Siedlung Wiesbaden, 160,70 Festmeter für die Kriegerheimstätten-Siedlung Biebrich. Daneben wurden 2 1/2 Millionen Sparkassengelder vermittelt. Auch die Ausarbeitung oder Begutachtung von Bauplänen und Kostenanschlägen wurde in wachsendem Umfang nachgefragt. Einem Beschlusse des Landesausschusses gemäß ist an den Landeshauptmann Auftrag ergangen, auf die Errichtung der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft beschleunigt hinzuwirken. Es wurde demgemäß beschlossen.

Ein Antrag Lang (Kom.), betr. die Milderung der Arbeitslosigkeit, findet in seinem ersten Teile Annahme, wonach an den Regierungspräsidenten das Ersuchen gerichtet wird, sofort Maßnahmen zu treffen zur Milderung der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Ohne Widerspruch gelangte ferner der Vorlage zur Annahme, wonach zu den Kosten der Beschulung blinder und taubstummer Kinder die Unterhaltungsobligationen mehr als bisher herangezogen sind, desgleichen die Änderung des Tarifs der von den preußischen Armenverbänden zu erstattenden Armenpflegschaften, sowie ferner eine Vorlage, betr. Änderung der

Satzungen der Nassauischen Landesbank und Sparkasse entsprechend den veränderten Verhältnissen. Der Rechnungsausschuss der Nassauischen Sparkasse stellt vor. Danach belaufen sich die ausstehenden Gelder im Jahre 1919 auf 474.396 M., im Jahre 1920 auf 503.332 M. Die Rechnung wird aufgegeben. Gewissen Beamten der Nassauischen Landesbank und Sparkasse werden nach einem weiteren Beschlusse mögliche Lantien und Funktionszulagen bewilligt, während gleiche Anträge anderer Verwaltungen dem Landesausschuss zur Prüfung überwiesen werden. Der gesamte Betrag für das Jahr 1920 beläuft sich auf 195.000 M. Vorläufig erfolgt die Genehmigung nur für das Jahr 1920. Beschlossen wird im weiteren die Wahl eines vierten Direktionsmitgliedes der Nassauischen Landesbank aus dem Kreise der mittleren Beamten und die Übertragung der Stelle an Direktor Lens. Die Bürgermeister sind um die Erhebung ihrer Gebühren für die Aufstellung der Brandsteuerbescheide von 15 auf 30 Pf. eingeladen. Ihr Antrag wird an den Landesausschuss zur Prüfung verwiesen. Ein Antrag der Landessparkasse auf Verleihung des Titels Landesoberbankdirektor wird abgelehnt, dagegen soll den Leuten gestattet werden sich ein Dienstfriesel anfertigen zu lassen, und an die Stelle der früheren Zulage von 290 M. tritt eine solche von 600 M. einschließlich des Teuerungszulages, welcher im laufenden Jahre 70 Prozent beträgt. Der erhöhte Satz gelangt vom 1. April 1920 an zur Ausführung. Die Sitzung wird gegen 1 1/2 bis 5 Uhr unterbrochen.

— Im Rubekand. Mittelchulrektor Gustav Jung von der Mittelschule am Niederberg trat am 1. d. Mts. nach 52-jähriger Dienstzeit in den wohlverdienten Ruhestand. 47 Jahre seiner Wirksamkeit verbrachte er in unserer Stadt. 1874 erhielt er eine Lehrstelle an der Marktmittelschule und wurde 1883 Dirigent der „Vorbereitungsschule“ und Höheren „Mittelschule“ an der Stiftstraße. An der Niederbergmittelschule wirkte er seit ihrem Bestehen als Schulleiter. Unsere Wiesbadener selbständige Mittelschule, die nunmehr gerade auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblickt und in ihren Einrichtungen für ganz Breußen vorbildlich geworden ist, verdankt ihren Ausbau in hohem Maße der tatkräftigen und fördernden Mitarbeit dieses umhülligen und praktischen Schulleiters. Daher wird ihm der Dank aller Freunde und Schüler so lieblich Mittelschulen allseitig erwiesen bleiben und viele Hunderte von seinen einstigen Schülern und Schülern werden in dem Wunsche einig sein, daß dem von erfolgreicher Arbeit nun Ruhenden ein noch recht langer und glücklicher Lebensabend im dergezügelter körperlicher und geistiger Frische beschieden sein möge.

— Bessere Zugverbindung mit Wiesbaden. Wie die Mainzer Zeitungen berichten, ist seit einigen Tagen ein neues Schnellzugpaar ab Mainz mit Duisburg eingelegt worden. Ab Mainz geht der Zug 6.08 vorm., während der Gegenzug in Mainz um 12.15 Uhr nachts einläuft. Leider sind — so schreibt man uns dazu — Abgangs- und Ankunftszeit zu unglücklich gewählt, daß man von Wiesbaden aus keinen geeigneten Anschluss hat. Wäre es nicht zu ermöglichen, daß diese Züge ab Wiesbaden über Mainz geleitet und umgekehrt auch in Wiesbaden auslaufen würden. Oder könnte sonst ein passender Anschluss sowohl morgens für die Abfahrt wie auch abends für die Ankunft eingelegt werden?

— Zur Förderung des Kleingartenbaues. Während fast allgemein die soziale und ethische Bedeutung des Kleingartenbaues anerkannt wird, hört man noch häufig die Frage, ob er dem Großbetrieb gegenüber volkswirtschaftlich zu rechtfertigen sei. Es werden Bedenken über die oft mangelnde Ertragskraft der Jungbäume geäußert. Der Großbetrieb kann an sich „zweckmäßiger“ arbeiten, aber wo er eine Ernte erzielt, da holt der erhaltene Kleingärtner wenigstens zwei heraus. Wie in jedem Beruf geht es auch beim Kleingärtner nicht ohne Vergeßel ab. Wissen und Können ist auch hier Macht. Auf einen Reinertrag, wie ihn der Großbetrieb aufweist, kann der Kleingärtner unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht rechnen. Er muß ihn als „Erholung“ und „Wiedergewinnung eines persönlichen Lebensinhaltes“ verbuchen. Wer da weiß, wie gerne gerade Neulinge im Kleingartenbau Rat und Anleitung annehmen, wie sie bestritten sind, sich die nötigen Erfahrungen zu sammeln, und wie weit, was alles geschieht, um den Kleingärtner zu erleben und ihn vor Enttäuschungen zu bewahren, der wird die oben erwähnten Bedenken nicht hoch anschlagen. Als Haupterfolg aber bleibt stets zu beachten, daß der Kleingartenbau zahlreiche Arbeitskräfte, die sonst brach liegen, in nützliche Tätigkeit umlegt und daß deren Ruharmachung bei dem Arbeitsmangel mit seinem frühen Fortleben von besonderer Wichtigkeit ist. Das muß alle Einwendungen, soweit sie wirtschaftlichen Erwägungen entfallen, aus dem Felde schlagen. — Der Verein für Kleingartenbau Wiesbaden und Umgegend, E. V., läßt es sich besonders angelegen sein, alle Kleingärtner und Freunde des Kleingartenbaues durch öffentliche Vorträge, Besprechungen in den Mittelschulsaal umlagern und praktische Ratssätze an Ort und Stelle anzuleiten. Der dritte öffentliche Vortrag, auf den hiermit besonders hingewiesen wird, findet am Donnerstag, den 14. d. Mts. 8 Uhr abends, in der Aula des Logums 2 am Polenzplatz statt. Herr Direktor Klingner von der hiesigen Landwirtschaftskammer wird daselbst über „den Einfluss der Wissenschaft auf die Produktion im Kleingartenbau“ sprechen. Alle Freunde und Gönner des Kleingartenbaues sind dazu eingeladen. Der Verein ist auch bestrebt, für Bachland zu Kleingartenweiden zu sorgen, und fordert alle, die solches wünschen, auf, dies bei ihm anzusprechen, auch wenn sie schon bei der Stadt vornotiert sein

Wenden Darstellung systematisch behandelt wird. Günther sagt von Köhler: „Er war der erste wirkliche Theaterkritiker, und zweifellos ist die wissenschaftliche Beurteilung des Schauspielers Schaffens durch ihn begründet worden. In seinem Werk „Die Kunst der dramatischen Darstellung“ knüpft er ein sehr- und handbuch der dramaturgischen Mittel, dem noch heute nichts Ähnliches und nichts Gleichumfassendes an die Seite gestellt werden kann. Aus diesem Grunde hat auch Oscar Walzel vor kurzem das Werk in einem Neubruck herausgegeben. Köhler hat mit seinen zahlreichen Büchern, die alle Probleme des Dramas und des Theaters behandeln, eben'so wie mit seinen Kritiken nicht nur auf das Publikum seiner Zeit, sondern auch auf die Theater entscheidend gewirkt. Für Deibel war Köhler eine Zeitlang die erste dramatische Instanz, und mit ihm beriet er sich über die Gestaltung seiner Dramen. Die Schauspieler beugten sich willig seinem Urteil, und die Behörden schenken ihm solches Vertrauen in seine Bühnenkenntnis, daß ihn der preussische Minister Eichhorn aufforderte, den Plan für eine staatliche Theaterhochschule zu entwerfen. Was ist es nun, das gerade heute wieder den Forderungen Köhlers neues Leben verleiht? Es ist das Bedürfnis nach Durchsichtung des Theaterlebens und der Schauspielkunst, die dem Schüler Deibels vor allem am Herzen lag. Sein Glaubenssatz ist der, daß in der Kunst der Geist über die Materie liegen müsse; er fordert vor Bühnenkunstwerk, daß es ein harmonischer Organismus sei, in dem sich alles Technische, alles Virtuelle und Ästhetische dem Ideellen unterordnet. Wenn Köhlers Buch heute dem Schauspieler in die Hand gegeben wird“, sagt Walzel am Schluß seiner Neuauflage, „so kann es ihm mit einem einzigen Schlage enthüllen, daß Schauspielkunst nicht Aufgabe technischer Art, sondern in jeder ihrer Richtungen Arbeit des Stoffbesingenden und Stoffbeherrschenden Geistes ist, desselben Geistes, der heute wieder auf allen Gebieten zur Herrschaft berufen werden soll.“ In diesem Sinne kann der alte Köhler, den die Berliner vor mehr als einem Jahrhundert als ihr Orakel verehrten, auch heute noch für die Reform und Neubildung unserer Bühnenkunst wirksam sein.

Betten

für Erwachsene:
Metallbettstellen von 75 an
Seegrasmatratten von 110 an
Deckbett, la Barch. 290 an
 gute Füllung von 290 an
Plumeaus, la Barch. 170 an
 gute Füllung von 170 an
Kissen, la Barchent, gute Füllung von 95 an

für Kinder:
Metallbettstellen von 135 an
Holzbettstellen von 275 an
Seegrasmatratten von 78 an
Plumeaus, la Barch. 122 an
 gute Füllung von 122 an
Kissen, la Barchent, gute Füllung von 58 an

Sämtliche Bettwaren u. Matratzen sind eigne Fabrikation, daher Garantie f. beste Ausführung bei bill. Preisen.

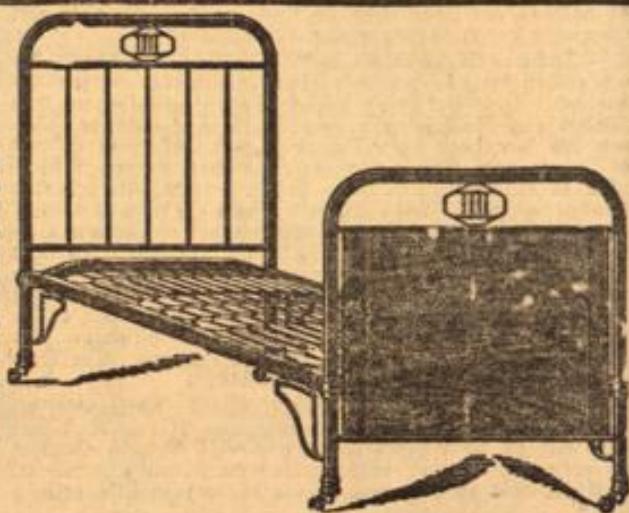
Der Einkauf von Betten ist große Vertrauenssache; vergleichen Sie deshalb bei Anschaffungen zwanglos unsere Preise und Qualitäten.

Bettwaren

Matratzendrell 122 cm br., rot von 39 an
Matratzendrell, gestreift u. gemust. von 59 an
Flaumdrill, federdicht von 32 an
Federn, gute füllkräft. Qualität von 35 an

Daunen, gute füllkräftige Qualität, von 55 an
Wolldecken in enorm großer Auswahl von 78 an
Steppdecken m. gut. Füll. i. allen Farb. v. 390 an
Kamelhaardecken in allen Reislag. von 225 an

Roßhaarmatratten u. Wollmatratzen mit Haar gemischt in allen Preislagen.



Spezialität: Komplette Erstlings-Ausstattungen und -Bekleidung.

Hamburger & Weyl

Telephon 526. • WIESBADEN, Marktstr., Ecke Neugasse. • Telephon 526.

Spezialhaus für Wäsche-Ausstattungen.

227

Preisabbau?

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen gewisse Zigarrengeschäfte durch auffallende Plakate und Inserate ankündigen, daß sie in der Lage seien, Zigarren weit unter Banderolenpreis abzugeben.

Durch den gewaltigen Preisunterschied wird dem Publikum ein erheblicher Vorteil **vorgetäuscht**, der in der Tat gar nicht vorhanden ist.

In den allermeisten Fällen handelt es sich hier um **minderwertige**, zur Zeit der Hochkonjunktur **viel zu teuer** aufgekaufte Ware, welche auf jeden Fall abgestoßen werden soll, da sie auf regulärem Wege nicht abzusetzen ist.

Daß hierbei ein **Preisabbau**, wie er **marktschreierisch** angekündigt wird, nicht stattfindet, dürfte wohl jedem Einsichtigen klar sein. Die reelle Händlerschaft hält sich diesen Machenschaften fern.

Verband Deutscher Zigarrenladen-Inhaber Ortsgruppe Wiesbaden

Georg Roth, Vors.

KLUBMÖBEL
 in Leder u. Stoff
 nur Qualitätsarbeit.
 direkt vom Hersteller
Ständiger Lager
 Besichtigung erbeten.
GEBRÜDER LEICHER
 WIESBADEN, ORANIENSTR. 6.

Gummibesohlung

aufvulkanisiert, nicht genagelt.

Gummisohlen für Damen . . . Mk. 16.—
 Gummisohlen für Herren . . . 18.—
 Gummibestübe billig und gut.

Werden sofort aufgemacht. Man kann darauf warten.

Goliath-Schuhgesellschaft

Coulstraße 3, am Michelberg. — Telephon 6074.

Obwohl Kraft u. Lebenskraft

erhalten u. geben
Wohlgeschmeckte Getränke

Blutreinigungs-Brust-Lungen-Kleber, Blasen-
 mit, Asthma, Verkalkungen, Nieren, Magen, Leber,
 Nieren-Kleber, Unterleibs, Gicht-Rheuma, Herz,
 Wurm-, Gallenstein-, Stuhlverstopfungs-Mittel.
 In einzelnen Pakungen.

Dr. A. Dorfstecher & Co. Nachf. G.m.b.H. Bad Godesberg

Verkauft bei: Louis Kimmel, Nero-Drogerie, Nero-
 straße 46, Wilh. Maehenheimer, Adler-Drogerie,
 Ecke Bismarckring u. Dotzheimer Str., Otto Siebert,
 Apotheker, Schloß-Drogerie, Marktstraße 9.

Annoncen-Expedition

Annahme v. Inserat. f.
 alle Zeitung. H. Gies,
 Rheinstr. 27 (Hauptk.)

Louis Franke :: Stores-Abteilung

Wilhelmstraße 28, Ecke Rathausstraße.

Anfertigung,

Umarbeitung, Waschen und Ausbessern
 von **Halbstores und Gardinen.**

Einzelne Stores (Musterstücke)

zu herabgesetzten Preisen.

Elfenbeinschmuck

die große Mode, für Exportfirmen, Grossisten, Wiederverkäufer!

Meine reichhaltigsten Muster bürgen für größte Leistungsfähigkeit.

Großes Lager am Platze.

Ein Besuch auf der Frankfurter Messe lohnt sich.

Mein Stand befindet sich

Ausstellungshalle „Westend“, Halle 3, Stand 13, links.

Jacob Michel Erbacher • Elfenbein-Manufaktur

Wiesbaden, Gneisenaustraße 18.

**Beste Betten**

sehr preiswert.

Strengste Reellität, beste Qualitäten.
 Hundertfache Auswahl.

Metallbetten m. la Patentmatr. 480, 375, 325, 295, 235.—
Kinderbetten 475, 425, 390, 260, 230, 195 bis 130.—
Seegras-Matratten 425, 375, 300, 225, 125.—
Woll-Matratten 593, 485, 425, 285.—
Rapok-Matratten 975, 875, 725, 600.—
Roßhaar-Matratten 1675, 1550, 1450, 1150.—

Deckbett, la weiße Daunen-
 füllung 570.—
Deckbett, la Daunenfüll. 425.—
Deckbett, sehr gute Daunen-
 füllung 315.—
Deckbett, la Halbdunen-
 füllung 315.—
Kissen 197, 135, 115, 95, 65.—
Daunen-Decken, feinste Spezial-
 arbeit . . . 1250, 1075, 975.—
Steppdecken, beste weiße Schaf-
 wollfüllung la Satin, 625.—
Steppdecken 405, 425, 350, 295.—
 Wolldecken äußerst preiswert.

Bettfedern u. Daunen

beste, doppelt gereinigte Qualitäten, ganz besonders füllkräftig.
 Pfund 115, 90, 75, 60, 50, 45, 30, 24, 14, 8.—
 in 20 verschiedenen Sorten.

Betten-Spezialhaus Buchdahl

Wiesbaden, Bärenstraße 4.

Alle Bürsten- u. Korbwaren

u. Korbmöbel in gebirger, preiswerter Ausführung.
 Reparaturwerkstätte u. Stuhlflechterei.

Frau Karl Bender Bwe. 145

Telephon 4776. Hellmundstr. 46.

Neue Autodecken und Schläuche

sowie vulkanisierte Autodecken, leeres
Zahngummi, französisch. und engl. Fabrikat,
 stets greifbar am Lager des

COMPTOIR GENERAL

Filiale Wiesbaden
 Dotzheimer Straße 103. — Tel. 5010.

Geschäfts-Eröffnung

Hellmundstraße 27.

Einem wertigen Publikum und der wertigen Nachbar-
 schaft empfehlen wir unser

neueröffnetes Geschäft

und bieten alles zu billigsten Tagespreisen an. Reelle
 Bedienung zugesichert. Auf Wunsch senden ins Haus
 Hochachtungsvoll

Zellertraut & Königsberg

Hellmundstr. 27. — Tel. 2282.

Weiterer Preisabbau !!

Feinstes garantiert reines

Schweineschmalz

per Pfund nur

Mk. 10.⁴⁰

Aug. Kortheuer, Hof.

Nerostraße 26. Tel. 705.

Trotz erhöhter Steuerhöhe

Menezzigaretten unter Fabrikpreis

Glendorn Weiße m. M. per Mille 160 M. Klein. 0.30
 Staffia o. M. per Mille 250 M. Klein. 0.40
 Spadilla m. G. per Mille 330 M. Klein. 0.50
 Molenburg m. G. per Mille 330 M. Klein. 0.50
 Cabinet m. G. per Mille 400 M. Klein. 0.60
 Berland unter Rohn. Petrad. frei. Porto berechnet
 H. P. Kienlein u. Co. Berlin, Friedrichstr. 201.

Dobermann-Rüde

(prämiiert), mit Stammbaum, wegen Platzmangels
 für 1000 Mark zu verkaufen.

Klein, Bertramstraße 23, 2.